

Sozial-Zeitung

hallesche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Sozial-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag um 6 Uhr mittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Beten, Ausgabestellen ohne Belegkarte 1.40 Schilling, durch die Post 1.55 Schilling und 40 Goldpfennig Zustelgebühren. Inhalt der Ausgaben: 24 Seiten. Druckvermittler:

Die Ausgaben werden nach Kolonial-Zellen berechnet; die Teile 0.25 Schilling. Verlagsort: Neue Promenade 14 und Dr. Brandenburger 17, Leipzig. Druck: Sammler-Druckerei 7431, Leipzig. Postamt: „Sozial-Zeitung“, Leipzig. Postfach 22515. Verlagsort u. Geschäftsstelle: Halle a. S.

Aufwertungspläne.

Von Justizminister a. D. Dr. Düringer, Mitglied des Reichstages.

Zur Aufwertungsfrage sind in letzter Zeit zwei bedeutende Kundgebungen erlassen worden. 1. der in der Deutschen Juristenzeitung vom 1. Juni 1924, S. 407 ff. bekannt gegebene „Entwurf eines Gesetzes betr. die Festlegung der Höhe von dinglichen Lasten und Geldforderungen“ und 2. ein in Nr. 148 des „Darmstädter Tageblattes“ vom 28. Mai 1924 veröffentlichter Vorschlag des Präsidenten Dr. Best in Darmstadt, des Verfassers des berühmten Urteils des Oberlandesgerichts Darmstadt vom 29. März 1923.

Der erste ist das Ergebnis mehrmonatlicher sorgfältiger Tätigkeit einer Kommission, welche die „Juristische Arbeitsgemeinschaft“ für Gesetzgebungsfragen, gebildet von sämtlichen Berliner juristischen Vereinen in Verbindung mit Mitgliedern der juristischen Fakultät der Universität Berlin, eigens für die Frage der Hypothekenaufwertung eingesetzt hat. Der Entwurf entspricht in seinen Grundzügen dem am 25. Febr. im Reichstag eben auf Grund der Beratungen der Arbeitsgemeinschaft eingebrachten „Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der dritten Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924“. Er ist aber nunmehr feiner ausgearbeitet und bis in Detailfragen durchdacht.

Bei allen vor dem 1. Januar 1918 eingetragenen Hypotheken und Grundschulden soll an Stelle des auf Reichswährung lautenden Nennbetrages ein Goldmarkbetrag von 40 Prozent treten; es soll aber von dem Gläubiger oder dem Eigentümer eine Erhöhung oder Verabreichung verlangt werden können, wenn dies nach den besonderen Umständen des Falles zur Anwendung grober Unbilligkeit gebohen erscheint. Die Vorrichtung soll auch für auf den Inhaber lautende oder durch Indossament übertragbare, zu wirtschaftlichen Zwecken aufgenommene Schuldverschreibungen gelten. Der Schuldner hat das Kapital erst am 1. Januar 1932 zu zahlen. Es ist für 1924 mit 1 Prozent und für die folgenden Jahre mit je einem weiteren Prozent (bis zu 5 vom Hundert) zu verzinsen. Abweichende Vereinbarungen können jederzeit getroffen werden.

Bei Grundkreditanstalten, Sparkassen und Lebensversicherungsanstalten wird aus dem Vermögen solcher Art eine Teilungsmasse zur Verbriefung der Pfandbriefe, Sparkassengläubiger und Versicherungsnehmer. Wegen bereits quittierter oder gelösteter Ansprüche können Ansprüche aus ungeschlichteter Verzinsung oder auf Grund einer Irrentschuldung geltend gemacht werden, wenn sie bis zum 31. Dezember 1924 bei der Aufwertungsstelle anhängig gemacht werden. Aus der Werbungsmasse möchte ich nur die folgenden Sätze hervorheben:

„Es widerspricht Recht und Billigkeit, eine Zeit tiefer wirtschaftlicher Depression zu benutzen, die wohlverdienenden Rechte der Gläubiger mit einer unzureichenden Abfindung endgültig zu befriedigen, während den Schuldner die Aussicht auf Wertsteigerung unbeschränkt offen bleibt. Eine halbtägige endgültige Prolongation läßt sich nur aus dem Grunde rechtfertigen, weil der bringende Wunsch besteht, alsbald eine feste Grundlage für die weitere wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Dann muß aber ein Prozentsatz gewählt werden, der auch der Möglichkeit einer günstigeren Entwicklung Rechnung trägt.“

Der Vorschlag des Präsidenten Best unterscheidet sich von dem Entwurf der Arbeitsgemeinschaft hauptsächlich dadurch, daß er die Aufstellung eines Durchschnittssatzes über Hauptabsicht. Die Neuregelung, so führt die Begründung aus, darf sich nicht darauf beschränken, den Durchschnittssatz zu erhöhen und eine Abweichung davon auch zugunsten des Gläubigers zu lassen. Denn auch dadurch würde den Forderungen von Treu und Glauben nicht ent-

Stürmische Kammer Sitzung in Paris.

Vertrauensvotum für Herriot.

Ein Janz um die Aubrirage.

Die französische Kammer lehrte Donnerstag nachmittags. Die Debatte über die Regierungserklärung fort. Als erster Interpellant betonte Abg. Bataillon, daß die neue Regierung eine finanzielle Lage übernehme, die als die günstigste seit Beginn des Krieges bezeichnet werden müsse. Er forderte den Ministerpräsidenten Herriot auf, die Erklärung abzugeben, daß die Regierung keine Ausgaben machen werde, ohne sie durch entsprechende Einnahmen gedeckt zu haben. Der ehemalige Minister für öffentliche Arbeiten Le Troquer erklärte, er würde den Ministerpräsidenten um einige Ausführungen ersuchen.

Der Redner rüßte lobend die bisherigen angeführten Berechnungen Deutschlands auf und rüßte, wiederholt von den Linksparteien unterbrochen, ein Loblied auf das im Ruhrgebiet ausgeführte an. Zum Schluß forderte er, daß das Ereignis der Politik Poincarés nicht in Frage gestellt werde. Danach ergriff Ministerpräsident Herriot das Wort: Er wolle heute nur die Frage der Abschaffung der Vorkriegs auf dem Weisung, die Finanzfrage und die Frage der Außenpolitik behandeln. Er sei kein Antikleriker, aber er habe schon 1919 in der Erklärung der Reichstag sich dagegen ausgesprochen und wolle den früher vertretenen Grundzügen treu bleiben. Die Rechte unterbricht Herriot heftig, was Gegenübergebungen der Linken hervorruft. Als der Abgeordnete General de Saint-Julien, Mitglied der demokratischen republikanischen Union, eine Bemerkung macht, ruft der Sozialist Simon Renaud: „Die Vorgeschichten sollen schweigen!“

Es entzündet ein ungeheurer Tumult. Die Diener müssen eingreifen, um Handgreiflichkeiten zu verhindern. Renaud erklärt, er habe von dem sprechen wollen, was sich während des Krieges ereignet habe, bringen viele Abgeordnete der Rechten auf die Ministerbank ein und schreien: „Molle! Molle!“ In diesem Augenblick hebt der Ministerpräsident die Sitzung auf. Erst als Renaud sich unterwirft, kehrt schließlich die Rede wieder. Herriot führt fort: Die Regierung gebe das Ermächtigungsgesetz auf, weil sie auf dem Standpunkt stehe, daß die Regierung gemeinsam mit der Finanzkommission auf dem Wege des Budgets Verbesserungen mache. Schließlich antwortet der Ministerpräsident dem Abgeordneten Le Troquer. Um den Entzug der Rührprovisionen abzuschließen müsse man sie mit dem verlegen, was man unter anderen Umständen hätte erzielen können, besonders mit den 950 Millionen Schlichterungen. Die Frankreich 1922 erhalten sollte. Hierbei unterbricht ihn der Abgeordnete Le Troquer, früher Minister für die besetzten Gebiete, unter großem Lärm und erklärt, Herriot vertrete heute denselben gefährlichen und alten Standpunkt, daß nämlich Frankreich, zumindest aber eine Regierung nicht das Nötige getan hätten, um die Schwierigkeiten zu erlösen, auf die sie Anspruch hätten. Wenn Herriot die Rede aufrechtsetze, dann führe das dazu, daß er Deutschland einschuldige. Diese Worte lösen einen ungeheuren Tumult auf der Linken aus. Die Abgeordneten der Linken verlangen einen Konflikt mit dem Präsidenten. Zum Abgeordneten Reibel gewendet hat Herriot: Sie haben gesagt, die Regierung habe im Jahre 1923 bis 1924 für 500 Millionen Goldmark Emissionen erhalten. Sie kennen offenbar die Antwort nicht.

Wenn auch die großen außenpolitischen Fragen der letzten Wochen das Interesse an der Frage der Erhaltung der Sparpatronien etwas in den Hintergrund gedrängt haben, so ist doch unübersehbar, daß sie eine der brennendsten und wichtigsten Lebensfragen sind. Jedenfalls hat die Regelung der dritten Steuernotverordnung eine wahre Volksbewegung des Proletes hervorgerufen und in weiten Kreisen bestehende Wünsche, alsbald eine feste Grundlage für die weitere wirtschaftliche Entwicklung zu gewinnen, ist mit der Enteignung der Sparpatronien von Millionen Deutschen viel zu teuer bezahlt. Auch ist es in einem Rechtsstaat unerhörter Vorgang, daß Kreditnot durch Steuern zu wolle, daß man einen Teil der Volksgenossen (die Gläubiger) einfach zu Gunsten eines andern (der Schuldner) ihres Vermögens beraubt. Diese Kreditnot besteht doch in gleichem Maße für Gläubiger wie für Schuldner. Für viele durch die Geldnotwendigkeit Begünstigte ist sie überdies gar nicht vor-

die die Regierung dem Marquis de Luberac offiziell erteilt hat, der fragte, wieweil sie von den ihr ausstehenden 950 Millionen Goldmark erhalten habe. Nun, im ganzen 178 Millionen, und das nur nur für Kohle und Holz, weil gewisse französische Industrie nur Kohle und Holz wollten, um ihre Fabriken im Gang zu halten, aber sich der Einfuhr anderer Waren widersetzen, weil sie dadurch ihre Interessen gefährdet glaubten. Sie haben also auf die Werte rund 750 Millionen Goldmark in Reparationszahlungen angeworfen. Herriot erklärte, daß Deutschland kein Schiffe quer hat erklärt, daß Deutschland in seinem eigenen Lande öffentliche Arbeiten durchführe, aber gerade hier liegt Ihre Schuld. Wenn Sie mehr Eisen und Stahl nach Frankreich herbeibringen könnten, hätte Deutschland keine Schiffe und keine großen Schiffe bauen können. Der frühere Kriegsminister Maginot unterbricht und verlangt, daß die Besetzung des Ruhrgebiets aufrechterhalten werde. Herriot erwidert:

„daß, wenn man sich an die Durchführung der im Sachverhaltsbericht enthaltenen Bestimmungen über die Durchführungsmaßnahmen wagt, die am 27. März 1923 beschlossen wurde. Herriot erklärt, daß das friedliche Frankreich die Frage der Zahlungen und Sicherheiten lösen könne.“

Frankreich hoffe, daß die deutsche Demokratie begreife, daß sie wie Frankreich an der Lösung dieser Frage interessiert sei. Frankreich wolle nicht nur dem Morde zusehen, es hielt sich, daß eine Verabreichung befehle, um Matteotti aus dem Wege zu räumen. Der Unterstaatssekretär Fina hat sich dafür verbürgt, daß die parlamentarische Opposition den Vertretern über die Spielbanken kein Hindernis in den Weg stellen werde.

Die die Erklärung der Kommission waren große Summen an Ausgaben verurteilt worden. Falls trotzdem die Opposition verurteilt hätte, Protest zu erheben, so hätten sie die Pflicht gehabt, dafür zu sorgen, daß die Opposition zum Schweigen kam. Der Reichstag ist noch immer nicht gefunden worden. Der Reichstag soll sich noch immer in Rom verhalten und tonne Hölzer nicht verpackt werden.“

Paris, 20. Juni. (Radiotelegramm.) In der Nachmittags Sitzung der Kammer kam es zu einer neuen erregten Auseinandersetzung, und zwar über die Politik der Regierung gegenüber Elsaß-Lothringen. Der lothringische Abgeordnete Schumann erklärte, am 24. lothringische Abgeordnete hätten sich 21 beschwert, gegen die Erklärung des Ministerpräsidenten zu sprechen. Abgeordn. Weil konnte also für die drei übrigen Abgeordneten nicht die Mehrheit der Wähler in Anspruch nehmen. Ministerpräsident Herriot erklärte, es könne kein Konflikt in Elsaß-Lothringen geben, da das Konordat in Frankreich abgeschafft sei. Die Debatte wurde darauf geschlossen, und es kam bei der Erläuterung der Abstimmung zu unbeherrschten Tumulten, die schließlich in eine Schlägerei zwischen Komunisten und Sozialdemokraten ausartete. Von drei Tagesordnungen, die eingebracht waren, entschied sich Herriot für diejenige der Abgeordneten Finardi, Blum und Morel, die nachstehenden Wortlaut hat:

„Die Kammer heißt die Erklärung der Regierung auf Vertrauen darauf, daß sie die am 11. Mai bei der Befragung des Volkes zum Ausdruck gebrachte Politik in die Tat umsetzt. Sie lehnt jede Zulagerklärung ab und geht zur Tagesordnung über.“

Im Namen des Kabinetts hatte Herriot die Vertrauensfrage gestellt. Die Abstimmung ergab mit 313 gegen 234 Stimmen eine Mehrheit zugunsten der Regierung von 79 Stimmen.

Neue Verhaftungen in Sachen Matteotti.

Die Spielbanken im Spiel.

Rom, 20. Juni. Die Wälder berichten, es liegt außer Zweifel, daß Matteotti auf die große Art und Weise umgebracht worden ist. Einzelne Wälder wollen wissen, daß es zunächst sich darum gehandelt habe, Matteotti sehr Materialmaterial, welches er in einer Kammerrede gegen eine Reihe von führenden Mitgliedern des Parlamentes verwenden wollte, zu entreißen. Mittwochsabend ist, vom Mailand kommend, der Sozialist Gonzales nach Rom zurückgekehrt und berichtet, daß der Kapitän Polpi, einer der Wälder, seinen Freunden Enthüllungen über den Ort, wo der Reichstag liegt, gemacht hat. Der Ort befindet sich Hundert Schritt von der Stelle entfernt, wo das Auto der Entführer gefahren wurde. Dort müsse die Leiche gefunden werden.

In einem Verhör hat der Anwalt Fissipelli, dessen Vermögen beschlagnahmt wurde, wichtige Angaben über den Mord gemacht. Zum in trägt ein herausforderndes, freches Benehmen zur Schau und verweigert jede Auskunft, trotzdem man in seiner Wohnung blutbefleckte Kleidungsstücke und das Gelde gefunden hat. Schließlich wurde er doch keine mitbare Beteiligung an dem Morde zugeben. Es hielt sich, daß eine Verabreichung befehle, um Matteotti aus dem Wege zu räumen. Der Unterstaatssekretär Fina hat sich dafür verbürgt, daß die parlamentarische Opposition den Vertretern über die Spielbanken kein Hindernis in den Weg stellen werde.

Die die Erklärung der Kommission waren große Summen an Ausgaben verurteilt worden. Falls trotzdem die Opposition verurteilt hätte, Protest zu erheben, so hätten sie die Pflicht gehabt, dafür zu sorgen, daß die Opposition zum Schweigen kam. Der Reichstag ist noch immer nicht gefunden worden. Der Reichstag soll sich noch immer in Rom verhalten und tonne Hölzer nicht verpackt werden.“

Rom, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Vertrauensmann der Faschisten und Freund Mussolinis, Marinelli, ist gestern verhaftet worden. Begriffsweise erregt die Nachricht dieser Verhaftung großes Aufsehen, da Marinelli als unantastbar galt. Es scheint, daß er aus der Parteifläche die Mittel für die Belohnung der Mörder Matteotti fällig gemacht hat. Der Untersuchungsrichter hat gestern neue Haftbefehle erlassen, auch einen gegen eine hohe Persönlichkeit des Faschismus. Es soll sich um den Professor Fedi handeln. Der Reapeler Mattino veröffentlicht einen anonymen Brief, in dem 5 Namen als die der Mörder, darunter Dominica, Fissipelli und andere genannt werden.

Die Folgen des Matteotti-Mordes.

Rom, 20. Juni. Mussolini hat ein neues einflussreiches Direktorium der faschistischen Partei ernannt, um eine strenge Disziplin im Hinblick auf den bevorstehenden nationalen Parteikonferenz durchzuführen. Die liberale Partei hat Mussolini den Ausdruck ihrer Solidarität übermittelt. „Corriere d'Italia“ hält die Einberufung der Kammer für Anfang Juli als wahrscheinlich. In Mailand ist ein Rufle namens Fressi, der in Verdacht der Mordtat an der Ermordung Matteotti steht, festgenommen worden.

Rom, 20. Juni. Die „Corriere d'Italia“ erfährt, daß der Vorstand der sozialistischen Partei beschließen, bei dem Versuch gegen die Mörder Matteotti als Alierpartei aufzutreten. „Corriere d'Italia“, die durch den Mord sehr beeinflusste Zeitung, hat des Erfahrenen eingeleitet. Das Blatt hat innerhalb zehn Monaten sieben Millionen Lire verbracht, die aus dem Geheimfond des italienischen Innenministeriums stammen. Bei der Verhaftung des Direktors des Blattes, Fissipelli, wurden laut „Rapolo Italia“ außer einem dicken Bündel Banknoten auch noch Schriftstücke gefunden, von denen einige so schwerwiegende Natur waren, daß sie Mussolini selbst überliefert wurden.

Verleumder Mollet.

Paris, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) General Mollet hat einige Stunden vor seiner Ernennung zum Kriegsminister der „Morning Post“ in einem langen Interview Angaben über die angeblichen Kriegsrüftungen in Deutschland gemacht. Er hat Paris drückt diese Erklärungen heute früh ab. Sie enthalten alle die Verleumdungen, die schon wiederholt in der französischen Propaganda unter Poincaré eine große Rolle spielten, aber von der deutschen Regierung immer an Hand des Tatbestandmaterials als böswillige Verleumdung gebrandmarkt worden waren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240621018/fragment/page=0001

